



merics

Mercator Institute for China Studies

Chinas KP macht sich die Privatwirtschaft untertan. Und die spielt mit.

Von Sebastian Heilmann

(Dieser Artikel erschien in leicht veränderter Fassung am 5. November 2017 in der Rubrik „Sonntagsökonom“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.)

DER SONNTAGSÖKONOM



Als sich China staatlich gelenkte Wirtschaft in den 1990er Jahren für neue Unternehmensformen öffnete, erlebten private und ausländische Firmen ein rauschhaftes Wachstum. Im Jahr 2000 trugen sie bereits deutlich mehr als die Hälfte zur Wertschöpfung Chinas bei und liefen den zuvor maßgeblichen Staats- und Kommunalbetrieben in vielen Branchen den Rang ab. Heute dominieren nichtstaatliche Unternehmen Chinas technologieintensive Zukunftsindustrien, von der Biotechnologie über die E-Mobilität bis zur Künstlichen Intelligenz.

Diese Entwicklung verleitete viele Investoren und Ökonomen zu dem optimistischen Schluss, dass sich in China eine Konvergenz anbahne mit dem westlichen Leitbild, wonach privates Unternehmertum zu weitgehend freien Märkten und letztlich auch zu politischem Pluralismus führen werde. Der prominente China-Ökonom Nicholas Lardy vom Peterson Institute in Washington vertrat 2014 in seinem Buch „Markets Over Mao“ die These, dass in China der Siegeszug von Privatwirtschaft und Marktwettbewerb unaufhaltsam sei.

In der Tat vollzog sich die explosive Entwicklung des privaten Sektors anfangs weitgehend außerhalb der Kontrolle der Kommunistischen Partei. Der Beitrag der Privaten zu Wachstum, Beschäftigung und Steuern war der Partei sehr willkommen. Aber ideologisch blieb die Parteiführung lange auf Distanz zu Chinas neuen Kapitalisten. Erst 2002 hieß die KP die „fortschrittlichen Produktivkräfte“ offiziell als Parteimitglieder willkommen. Gleichzeitig aber begann eine Kampagne zum Aufbau von Parteiorganen in privat geführten Unternehmen. Es war der Beginn einer Entwicklung, mit der die Privatwirtschaft für das politische System kooptiert werden sollte.

Die Beziehungen zwischen Politik und Unternehmen in China schienen sich Mustern anzunähern, die aus anderen Ökonomien bekannt sind: Gute Verbindungen zu politischen Entscheidern wurden für Unternehmer und Investoren in China mindestens so wichtig wie die Lobbyarbeit für amerikanische oder deutsche Unternehmen in Washington oder Berlin. Forscher der Universität Hong-

Die Kommunisten in China machen sich die Privatwirtschaft untertan. Und die lässt sich das gefallen.

Von Sebastian Heilmann

Mustern anzunähern, die aus anderen Ökonomien bekannt sind: Gute Verbindungen zu politischen Entscheidern wurden für Unternehmer und Investoren in China mindestens so wichtig wie die Lobbyarbeit für deutsche Unternehmen in Berlin. Forscher der Universität Hongkong am Xisun Yen kamen zu dem Schluss, dass sich viele wichtige Privatunternehmen rundum den Interessen der Unternehmung unterordneten. Aus dieser Sicht entwickelten sich Chinas Privatunternehmen zu unabhängigen Akteuren mit einer kollektiven Identität, die sich im Konfliktfall gegen die Maßnahmen der Staatspartei wenden könnte. Anders als vor der Politikverschärfung im Jahr 2008, für welche die Partei als politischer Anker galt, sind die Unternehmen nun politisch getrennt von der Partei und politischer Kontrolle ausgesetzt. Die Partei hat sich von der Kontrolle der Unternehmen zurückgezogen und sich stattdessen auf die Kontrolle der Politik konzentriert. Die Partei hat sich von der Kontrolle der Unternehmen zurückgezogen und sich stattdessen auf die Kontrolle der Politik konzentriert.

Als Chinas staatlich gelenkte Wirtschaft sich im Laufe der 1990er Jahre immer weiter für neue Unternehmensformen öffnete, erlebten private und ausländische Firmen ein rauschhaftes Wachstum. Im Jahr 2000 trugen sie bereits deutlich mehr als die Hälfte zur Wertschöpfung Chinas bei und liefen den zuvor maßgeblichen Staats- und Kommunalbetrieben in vielen Branchen den Rang ab. Heute dominieren nichtstaatliche Unternehmen Chinas technologieintensive Zukunftsindustrien, von der Biotechnologie über die E-Mobilität bis zur Künstlichen Intelligenz.

Diese Entwicklung verleitete viele Investoren und Ökonomen zu dem optimistischen Schluss, dass sich in China eine Konvergenz anbahne mit dem westlichen Leitbild, wonach privates Unternehmertum zu weitgehend freien Märkten und letztlich auch zu politischem Pluralismus führen werde. Der prominente China-Ökonom Nicholas Lardy vom Peterson Institute in Washington vertrat 2014 in seinem Buch „Markets Over Mao“ die These, dass in China der Siegeszug von Privatwirtschaft und Marktwettbewerb unaufhaltsam sei.

In der Tat vollzog sich die explosive Entwicklung des privaten Sektors anfangs weitgehend außerhalb der Kontrolle der Kommunistischen Partei. Der Beitrag der Privaten zu Wachstum, Beschäftigung und Steuern war der Partei sehr willkommen. Aber ideologisch blieb die Parteiführung lange auf Distanz zu Chinas neuen Kapitalisten. Erst 2002 hieß die KP die „fortschrittlichen Produktivkräfte“ offiziell als Parteimitglieder willkommen. Gleichzeitig aber begann eine Kampagne zum Aufbau von Parteiorganen in privat geführten Unternehmen. Es war der Beginn einer Entwicklung, mit der die Privatwirtschaft für das politische System kooptiert werden sollte.

Die Beziehungen zwischen Politik und Unternehmen in China schienen sich Mustern anzunähern, die aus anderen Ökonomien bekannt sind: Gute Verbindungen zu politischen Entscheidern wurden für Unternehmer und Investoren in China mindestens so wichtig wie die Lobbyarbeit für amerikanische oder deutsche Unternehmen in Washington oder Berlin. Forscher der Universität Hong-

kong um Xiaojun Yan kamen zu dem Schluss, dass sich viele örtliche Parteiorganisationen zunehmend den Interessen der Unternehmer unterordneten. Aus dieser Sicht entwickelten sich Chinas Privatunternehmer zu unabhängigen Akteuren mit einer kollektiven Identität, die sich im Konfliktfall gegen das Machtmonopol der Staatspartei wenden könnte. Anders sah es der Politikwissenschaftler Bruce Dickson. Er warnte als Ergebnis jahrelanger Feldforschungen davor, Privatunternehmer zu potenziellen Agenten eines politischen Wandels in China zu stilisieren. In seinem Buch „Wealth into Power“ umriss er stattdessen einen „Crony Communism“: ein System symbiotischer Tauschbeziehungen zwischen KP-Funktionären und Unternehmern, das durch Opportunismus und Vorteilsnahme auf beiden Seiten geprägt sei.

Für den 2012 eingesetzten Parteichef Xi Jinping, der eine zentralisierte Führung und umfassende Stärkung Chinas nach innen und außen anstrebt, waren diese Verfallserscheinungen völlig inakzeptabel: Die Kommunistische Partei musste die Kontrolle über die Privatwirtschaft wieder herstellen und dabei zugleich sich selbst disziplinieren. Die harte Anti-Korruptionskampagne der vergangenen Jahre hat es für Unternehmer sehr viel schwieriger gemacht, sich politischen Einfluss bei Funktionären zu erkaufen. Auch hat die Partei ihre Kontrollmechanismen in Unternehmen deutlich verstärkt. In mehr als zwei Dritteln aller Unternehmen mit privatem chinesischem oder ausländischem Kapital existieren heute aktive Parteiorganisationen, wie es sie zuvor vornehmlich in Staatsunternehmen gab. KP-Vertreter sitzen nun nicht mehr nur in Betriebsgewerkschaften von großen Privatunternehmen, sondern auch in Leitungsfunktionen von Personal- und Government-Relations-Abteilungen bis hin zu Aufsichtsräten und Vorständen.

Das besondere Augenmerk der Staatspartei gilt strategischen Branchen, etwa Chinas großen digitalen Plattformkonzernen Alibaba oder Tencent, die sich einer strikteren politischen Aufsicht unterwerfen sollen. Aber die innerbetriebliche Mitsprache der Partei wächst auch in den chinesischen Niederlassungen großer ausländischer Unternehmen – von Disney über L’Oreal bis Siemens. Der Anspruch der Partei auf politische Anleitung soll mit den kommerziellen Zielen der Unternehmen in Einklang gebracht werden.

Das kann freilich nur funktionieren, wenn die KP die unternehmerische Initiative nicht erdrosselt. Private und ausländische Unternehmen können von der staatlichen Innovations- und Infrastrukturpolitik Chinas profitieren, sofern sie sich kooperativ verhalten. Bei den großen einheimischen Technologie-Konzernen lässt sich der beiderseitige Nutzen gut beobachten: Die Regierung sorgt mit der Einbindung der börsennotierten Konzerne in die staatliche Digitalpolitik für lukrative Geschäftsmöglichkeiten; die Konzerne wiederum helfen mit der Weitergabe von Nutzerdaten zu Überwachungszwecken die politische Stabilität sichern. Die politischen Zwecke der KP werden auf diese Weise in die wirtschaftliche Wertschöpfungskette eingebaut. Der Opportunismus von Unternehmen und Investoren ist eine Kraft, die die KP gezielt für ihre Machterhaltung einsetzt.

Ausländische Investoren stellt das vor schwierige Entscheidungen. Vor einer Enteignung müssen sie sich zwar nicht fürchten: Die Parteiführung bekennt sich zu "gemischten" Eigentumsstrukturen und zum Schutz von Privateigentum. Allerdings sind in China tätige Firmen nur im Rahmen von Parteiweisungen unternehmerisch autonom: Sie können zu betriebswirtschaftlich fragwürdigen Entscheidungen gedrängt werden, etwa zu Investitionen in politisch bevorzugten Projekten und Standorten.

Die KP verfolgt ein nüchternes Kalkül: Die meisten ausländischen Investoren werden kooperieren, weil der chinesische Markt für globale Unternehmen unwiderstehlich und unersetzlich ist. Sobald aber alle Unternehmen einer wirkungsvollen innerbetrieblichen Aufsicht durch implantierte Partezellen unterworfen sind, sinkt für Chinas Regierung das Risiko des politischen Kontrollverlusts, das bislang mit außenwirtschaftlicher Öffnung verbunden war. Der im Oktober 2017 offiziell verkündete „Sozialismus chinesischer Prägung für ein neues Zeitalter“ aber entfernt sich durch den organisierten politischen Zugriff auf alle Unternehmen weiter von marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Sebastian Heilmann

Der Autor ist Direktor des Mercator Instituts für Chinastudien (MERICS) in Berlin und Professor für Politik und Wirtschaft Chinas an der Universität Trier.

Literatur:

Dickson, Bruce. *Wealth into Power: The Communist Party's Embrace of China's Private Sector*. Cambridge University Press, 2008.

Lardy, Nicholas R. *Markets Over Mao: The Rise of Private Business in China*. Institute for International Economics, 2014.

Yan, Xiaojun und Huang, Jie. "Navigating Unknown Waters: The Chinese Communist Party's New Presence in the Private Sector", *China Review*, 17(2), 2017.